



Einblick in die Welt von Regulierung und Deregulierung

Rede von Herbert Behrens, 03. April 2014

Deutscher Bundestag
- Stenografischer Dienst -

Telefax-Nr.: 030 227-36178

Dringende Parlamentssache **SOFORT AUF DEN TISCH**

Bitte prüfen Sie - oder eine von Ihnen beauftragte
Person - die beigefügte Niederschrift Ihrer
Ausführungen gemäß §§ 117 und 118 GO.

Ich habe keine Korrekturwünsche und schicke als
Bestätigung nur dieses Blatt zurück.

Auf den Seiten

habe ich

Korrekturen angebracht.

Längste Korrekturfrist: 2 Stunden ab Fax- bzw. E-Mail-
Versand

Die Niederschrift wird in Druck gegeben, wenn die
Seiten nicht fristgerecht zurückgeleitet werden.

Zugestellte Niederschrift geprüft

Herbert Behrens (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Preise runter, Service rauf - das ist die Zauberformel der Privatisierung, über die wir hier reden. Sie hat es vor 20 Jahre notwendig gemacht, die Bundesnetzagentur, damals noch als Regulierungsbehörde bezeichnet, einzurichten.

Preise runter, Service rauf - um nichts anderes ging es, als vor 20 Jahren die Telekom privatisiert wurde. Dem Unternehmen geht es heute gut, nicht aber allen Beschäftigten. Die Telekom gehört zu den größten Telekommunikationsunternehmen Europas und ist mit vielen Töchtern weltweit vertreten. Sie kauft und verkauft Unternehmen und deren Beschäftigte. Wenn die Geschäfte einmal nicht gut laufen, dann werden Betriebe verscherbelt oder Dienstleistungen ausgegliedert. Die Beschäftigten bei T-Systems sind das jüngste Beispiel für diese Seite des Wettbewerbs: 4 900 Kolleginnen und Kollegen sollen bis 2015 ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die Geschäfte keinen Profit mehr abwerfen.

Davon ist natürlich nichts im Bericht der Bundesnetzagentur zu lesen.

(Klaus Barthel (SPD): Doch!)

Für die Linke sind aber gerade diese sozialen Bedingungen der Beschäftigten und sichere Arbeitsplätze die zentralen Fragen, wenn wir über Wettbewerb in der Telekommunikation reden.

Der vorliegende Bericht gibt uns auf 370 Seiten einen tiefen Einblick in die Welt von Regulierung und Deregulierung. Sicher, wir brauchen eine starke, unabhängige und gründlich arbeitende Behörde, die

den bei den Telekommunikationsunternehmen ausgelösten Wettbewerb überwacht. Aber mit großem Erstaunen muss man feststellen, welcher Aufwand getrieben wird, um die negativen Folgen eines freien Wettbewerbs in diesem Sektor zu begrenzen. Da kommt bei mir der Gedanke auf, ob die vielen personellen und finanziellen Ressourcen, die da hineinfließen, nicht viel sinnvoller eingesetzt wären, wenn damit ein wirklich gutes, kundenfreundliches Angebot geschaffen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Es würde manchem Dresdener Bürger gut gefallen, wenn es ein vernünftiges Breitbandangebot gäbe. Mitten in der Stadt steht dort heute den meisten Menschen nur ein LTE-Angebot zur Verfügung, das regelmäßig dann an seine Grenzen stößt, wenn sich zum Beispiel Studierende und Touristen darüber ihren mobilen Internetzugang holen.

Ein gut ausgebautes Netz, ausreichende Bandbreite, verlässliche Vertragspartner: Das sind die Kriterien, an denen sich der Erfolg von Privatisierung und Wettbewerb messen lassen muss.

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2018 flächendeckend schnelles Internet mit 50 Mbit erreichen. Davon sind wir heute noch weit entfernt, und das nicht nur auf dem flachen Land.

(Zuruf von der LINKEN: Sehr richtig!)

Knapp 80 Prozent der Anschlüsse in den Städten bieten heute 50 Mbit, was aber nicht heißt, dass wir bereits ein zukunftsweisendes Glasfasernetz hätten. Das Beispiel Dresden zeigt es. Gleichwohl wird die Infrastruktur für schnelles Internet in den Städten sehr viel schneller realisiert werden als anderswo. In den Ballungszentren rechnen sich die Investitionen, und die Telekommunikationsunternehmen fahren beträchtliche Gewinne ein.

Auf dem Land aber haben die Menschen richtig große Probleme. Der Handwerksmeister in der Prignitz in Brandenburg zum Beispiel, der sich an Ausschreibungen beteiligen will, ist auf einen vernünftigen Zugang zum Netz angewiesen. Oder nehmen wir eine Grafikerin aus Thedinghausen, einem Ort in meinem Wahlkreis: Sie will eine aufwendige Präsentation an ihren Kunden schicken. Das ist mit den Netzzugängen dort sehr schwierig. Hier zeigen sich die negativen Folgen des Wettbewerbsdogmas am deutlichsten.

Fehlende Infrastruktur auf dem Land und anderswo darf nicht mit dem Hinweis abgetan werden, dass die Menschen dort gar kein Interesse am schnellen Internet hätten, wie es im Bericht der Bundesnetzagentur angedeutet wird. Das ist doch glatter Unsinn!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Jeder hat das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse, egal wo er lebt. Das ist nicht nur eine politische Forderung der Linken, das ist ein Grundgesetzauftrag. In Art. 87 f Grundgesetz heißt es: Der Bund gewährleistet „im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen.“ Darum erwarte ich im nächsten Bericht der Bundesnetzagentur Aussagen darüber, mit welchen Maßnahmen diese Ziele, nämlich eine angemessene, ausreichende Dienstleistung, erreicht worden sind.

Der Bundesgerichtshof stellte 2013 fest - ich zitiere -:

Die Nutzbarkeit des Internets ist ein Wirtschaftsgut, dessen ständige Verfügbarkeit ... auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung ... von zentraler Bedeutung ist.

Im Bericht der Bundesnetzagentur dagegen heißt es,

es sei - auch Zitat -

weiterhin fraglich, inwieweit durch die Nichtverfügbarkeit eines Breitbandanschlusses ... eine soziale Ausgrenzung zu befürchten ist.

Es wäre zum Totlachen, wenn es nicht so traurig wäre. Es lässt sich wirklich fragen, wer diesen Bericht geschrieben hat.

Wir als Linke fordern: Rücknahme der Deregulierung dort, wo der Wettbewerb die Gewinne privatisiert hat und Investitionen in die nicht profitablen Bereichen von den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen finanziert werden sollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU))

Die Breitbandversorgung muss zur Grundversorgung gerechnet werden. Wir brauchen schnelles Internet für alle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Thomas Jarzombek

(CDU/CSU): Kollege Barthel applaudiert gar nicht! -

Gegenruf des Abg. Klaus Barthel (SPD): Habt ihr ein Problem, oder was?)